

Der Band von Lehmann und Trepp zeigt die vielfachen Wurzeln dieser Entwicklung im 17. Jahrhundert auf, und es bleibt zu hoffen, dass auf der damit geschaffenen, breiten Basis weiter aufgebaut wird.

Anne Conrad

5. 19. und 20. Jahrhundert

ARMIN MÜLLER-DREIER: Konfession in Politik, Gesellschaft und Kultur des Kaiserreichs. Der Evangelische Bund 1886–1914 (Religiöse Kulturen der Moderne, Bd. 7). Gütersloh: Chr. Kaiser/Gütersloher Verlagshaus 1998. 623 S. Geb. EUR 99,-.

Wer sich bisher über den Evangelischen Bund informieren wollte, war im wesentlichen auf Selbstdarstellungen angewiesen, die Problemfelder wie das Verhältnis des Bundes zum »protestantischen Deutschen Reich« und zum Nationalismus ausklammerten und nicht frei waren von Apologetik. Dies hat sich mit dem Erscheinen des vorliegenden Werkes geändert. Der Verfasser hat ein Standardwerk vorgelegt, das sich an den Quellen orientiert. Dazu kommt, was zu begrüßen ist, die Benutzung sozialgeschichtlicher Methoden, einschließlich der Statistik.

Gehen wir ins Einzelne, wobei wir uns allerdings bei der Fülle des Gebotenen auf einige prägnante Ergebnisse beschränken wollen, die mehr Licht in die Auseinandersetzung des Bundes mit den Katholiken werfen. Vor allem auf den Abschnitt, der über die Ziele und Motivationen des Evangelischen Bundes informiert, sei hingewiesen. Es zeigt sich, dass der Evangelische Bund eine Sammlungsbewegung darstellte mit dem Ziele, die verschiedenen Strömungen im deutschen Protestantismus zusammenzukitteln, und zwar sowohl, was die regionalen Unterschiede anlangt, als auch, was die immer stärker werdende Kluft zwischen dem liberalen Protestantismus und den konservativen Lutheranern betrifft. Fragwürdig erscheinen allerdings die Methoden, die angewandt wurden, um dieses Ziel zu erreichen. So schien vor allem ein gemeinsames Feindbild notwendig. Man fand es im »Ultramontanismus«. Dazu kam, dass man bei der Suche nach einer alle Gruppen umgreifenden Identität sich in zunehmendem Maße mit dem protestantischen Deutschen Reich identifizierte, dessen Rolle in der Ideologie mancher führender Mitglieder des Bundes bald über eine bloße Schutzfunktion hinausging bis hin zu der Gleichung: deutsch = protestantisch. Ja, der Protestantismus wurde entsprechend der Parole Friedrich Meyers (1840–1911), der seit 1898 im Bund als Vorstand des Österreichausschusses fungierte, als »die germanische Form des Christentums« empfunden, die es gegen jede romanische Verfälschung zu schützen galt. Auch und erst recht, nachdem der Kulturkampf offiziell beendet schien und von den deutschen Regierungen die Verdienste und die Vaterlandsliebe der Katholiken gewürdigt worden waren, sah die nationalprotestantische Verbandsideologie im Katholizismus eine Bedrohung des Reiches und seiner protestantischen Kultur, ja man gewinnt den Eindruck, dass der Evangelische Bund seine kulturkämpferischen antiultramontanen und antikatholischen Bestrebungen in dem Maße vermehrte, als von den deutschen Regierungen die Kulturkampfmaßnahmen ad acta gelegt worden waren.

Dass der Autor diesen Sachverhalt ohne jede Beschönigung darlegt, ist zu begrüßen. Allerdings erschöpft sich die Arbeit bei weitem nicht in dieser Thematik. So wird, was hier nur angedeutet werden kann, eine ausführliche Verbandsgeschichte vorgelegt. Auch den Spannungen des Bundes zu anderen Gruppierungen im Protestantismus, aber auch den Auseinandersetzungen innerhalb des Bundes, wird bis ins Einzelne nachgegangen. Zu begrüßen ist, dass einzelne führende Gestalten in Kurzbiographien vorgestellt werden. Alles in allem also eine lobenswerte wichtige Arbeit. Wenn dennoch Kritik ausgesprochen werden soll, so die, dass der Verfasser der Versuchung erlegen ist, alles bringen zu wollen, so dass der Leser vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr sieht und vielfach erst selbst die gestaltende Durchformung und Gewichtung der Fakten vornehmen muss. Dazu kommt ein bei systematisch aufgebauten Werken fast unvermeidbares methodisches Problem, nämlich dass Begriffe aus den Quellen zunächst einfach übernommen werden. Erst später werden sie kritisch hinterfragt, was jedoch von dem Verfasser nicht immer so geschieht, dass alle Schwierigkeiten ausgeräumt sind. So bleibt besonders der Begriff »Ultramontanismus« trotz der redlichen Bemühungen um eine nähere Bestimmung unklar und verschwommen. Der Grund: Der Autor übernimmt den Begriff meist unkritisch aus den Quellen, genauer aus Verlautbarungen des Evangelischen Bundes. Das Wort »Ultramontanismus« ist jedoch in diesen Quellen alles andere

als eindeutig. In zunehmendem Maße scheint es einfach soviel wie Katholizismus zu bedeuten (und zwar Katholizismus in jeder seiner vielfältigen Formen, zwischen denen höchstens ansatzweise unterschieden wird), es kann aber auch den geschlossenen Milieukatholizismus meinen oder den politischen Katholizismus, es kann schließlich, wenn auch selten mit dem identisch sein, was der Ultramontanismusbegriff in der innerkatholischen Diskussion, etwa bei Franz Xaver Kraus, am Ende des 19. Jahrhunderts meinte: die Instrumentalisierung der Religion zu politischen Zwecken. Kaum zum Ausdruck kommt jedenfalls, dass es sich beim Ultramontanismusbegriff des Evangelischen Bundes im allgemeinen um ein ideologisch aufgeladenes Schlagwort handelt, das sehr verschiedene Dinge über einen Leisten schlägt und viel mit dem – vom Verfasser mit Recht herausgestellten – religiösen Germanismus und antirömischen (auch antiromanischen) Affekt des Evangelischen Bundes zu tun hat.

Otto Weiß

ANDREAS GAWATZ: Wahlkämpfe in Württemberg. Landtags- und Reichstagswahlen beim Übergang zum politischen Massenmarkt (1889–1912) (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 128). Düsseldorf: Droste 2001. 489 S. Geb. EUR 50,10.

In dem Vierteljahrhundert vor dem Ersten Weltkrieg wurde die deutsche Gesellschaft in die Moderne gestoßen – doch wie modern war das wilhelminische Kaiserreich? Befand es sich, da generell rückständig, gegenüber den westlichen Verfassungsstaaten auf einem »Sonderweg« oder besaß es neben den dynamischen sozioökonomischen Strukturen wie dem Sprung vom Agrar- in die Industriegesellschaft auch demokratisch-pluralistische Elemente in seiner politischen Kultur?

Zur Beantwortung dieser Wesensfrage über das Kaiserreich konzentriert sich der Verfasser in seiner Tübinger Dissertation auf die württembergischen Parlamentswahlen, stellen Reichs- und Landtagswahlen doch eine bedeutende Partizipationsweise der Bevölkerung am politischen Geschehen dar. Den »Temperaturmessungen am Blute des Volkes« haftete zudem eine ambivalente Eigenschaft an: Zum einen spiegelten sie den gesellschaftlichen Wandel im Resultat unmittelbar wider, zum anderen treiben sie den Umbruch selbst voran, indem sie das politische System zu Lösungsvorschlägen für die Probleme der Zeit herausforderten. Gerade in dem gewählten Zeitschnitt, zwischen 1889 und 1912, steigerte sich die politische Aktivität zu einer gesellschaftlichen Fundamentalpolitisierung. Vor diesem theoretischen Hintergrund gliedert Gawatz seine Studie in sieben Kapitel zu Wahlrecht, Parteien und Interessenverbänden, Kandidaten, Medien und Wahlkampfpraxis, Inhalten und Formen des Wahlkampfes, Wahlbündnissen sowie schließlich dem Wähler.

Das württembergische Wahlrecht war eines der fortschrittlichsten im 19. Jahrhundert und erfüllte sukzessive die Forderung nach allgemeiner, gleicher, direkter und geheimer Abstimmung. Die Reform 1868 beseitigte die Zensusbeschränkungen für die Auslese der Abgeordneten der Oberämter und Städte, behielt aber als landständisches Relikt privilegierte Repräsentanten im Unterhaus bei. 1906 fielen diese Sonderrechte und das Proportionalwahlrecht löste das Mehrheitswahlrecht mit seinem System der Stichwahlen ab. Durch die Einführung des allgemeinen Wahlrechts 1868 stieg der Anteil der Stimmberechtigten auf ein Fünftel der Bevölkerung, dennoch bestanden zwei Partizipationsschranken weiter: das Alter und das Geschlecht. Wählen durften nur alle Männer über 25 Jahre. Gawatz erkennt einen Mehrheitskonsens für eine »konservativ-evolutionäre« Reform (S. 81); keine Partei strebte Rückschritte an. Dadurch wirkte die Teilmodernisierung des Wahlrechts systemstabilisierend.

Zugleich erweiterte sich das Parteienspektrum; der Dualismus der beiden liberalen Parteien fächerte sich zur fünfgliedrigen Struktur auf. Der Durchbruch zur Partei neuen Typs gelang den Gruppierungen am raschesten und konsequentesten, die sich in der Umbruchphase neu aufstellten. Die SPD, das Zentrum und der konservative Bauernbund besaßen jeweils eine größere Mitgliederbasis als die nationalliberale Deutsche Partei oder die linksliberale Volkspartei. Die drei Aufsteiger bauten ihre Parteistrukturen erfolgreich aus, weil eine zentrale und hierarchische Organisation in Ortsvereinen und Delegiertenversammlungen die Mitglieder ebenso stabilisierte wie mobilisierte. Alle drei knüpften ein dichtes Netz von Ortsvereinen und erreichten bei den Urnengängen am Vorabend des Ersten Weltkriegs einen Organisationsgrad von 30 bis 40 Prozent. Wie die beiden bürgerlichen Parteien professionalisierten sie ihre politische Arbeit, indem sie Parteisekretariate gründeten und diese hauptamtlich besetzten. Für die neuen Parteien war es auch vorteilhaft, dass